

# Ist Gabriel der richtige Mann für die Autobranche?



Sigmar Gabriel (SPD), Bundesminister a. D.: Steht er bald auf der Gehaltsliste der Autobauer?  
BILD: DPA

- Ex-SPD-Vorsitzender könnte Chef-Lobbyist werden
- Opposition: „Nicht das eigene Telefonbuch verscherbeln“
- Branche droht bei E-Mobilität Anschluss zu verlieren

VON WALTHER ROSENBERGER UND ARNE-FRANK PETERS, AFP

**Berlin** – Seit fast zwei Jahren wird der Verband der Automobilindustrie (VDA), einer der mächtigsten Branchenvereinigungen der Republik, vom Ex-Ford-Manager Bernhard Mattes geführt. „Erfolglos“, sagen Kritiker. Jetzt zeichnet sich ab, wer Mattes nachfolgen wird. Der frühere SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel ist offenbar Favorit im Rennen um den Top-Job.

Eine endgültige Entscheidung über die Nachfolge von VDA-Chef Bernhard Mattes soll laut Medienberichten bereits Anfang November fallen. Mattes hatte Mitte September angekündigt, sich als Deutschlands oberster Auto-lobbyist zurückzuziehen. Er legt sein Amt zum Jahresende nieder. Gabriel ist Wunschkandidat sowohl der Autokonzerne als auch der Zulieferer und Familienunternehmen. „Die Reihenfolge steht fest“, schreibt die „Bild am Sonntag“ mit Bezug auf informierte Kreise. „Sollten keine unüberbrückbaren Differenzen mit Gabriel auftreten, wird er der neue Präsident.“

Demnach hat auch Gabriel bereits signalisiert, den Posten übernehmen zu wollen. Gabriel hatte erst vor wenigen Wochen angekündigt, im Novem-

ber sein Bundestagsmandat vorzeitig niederzulegen. Von 2009 bis 2017 war er Vorsitzender der SPD. Er war zudem Umwelt-, Wirtschafts- und Außenminister. Gabriel hat in der Autobranche einen guten Ruf. In seiner Zeit als Wirtschaftsminister setzte er sich mehrmals für die Belange der deutschen Unternehmen ein, etwa als es auf EU-Ebene darum ging, zu strenge Klimavorgaben abzuwenden. Als ehemaliger Ministerpräsident von Niedersachsen hatte er zudem ein Aufsichtsratsmandat beim weltgrößten Automobilkonzern Volkswagen inne. Aus dieser Zeit stammen enge Verbindungen in die Branche, die nach Angaben von Branchenkenner bis heute tragen.

Der Automobilfachmann Ferdinand Dudenhöffer hält Gabriel für eine gute Wahl bei der Besetzung des Jobs. Er sei „in Politik und Wirtschaft gut verdrahtet“. Gleichzeitig besitze der die Standfestigkeit, Dinge auch durchzusetzen, sagte er. Dudenhöffer ist außerdem ein Außenpolitiker mit weitaus größerem Maße in der Lage, in drängenden handelspolitischen Fragen moderierend zu wirken als der derzeit amtierende VDA-Chef Mattes. Insbesondere der Zollstreit zwischen China, den USA und der EU schadet den Autobauern massiv. Zudem ist das Verhält-

nis zu Russland nach der Annexion der Krim angepannt. Auch Russland galt für die deutschen Autobauer einst als Zukunftsmarkt. „Gabriel ist ein Pragmatiker und scheut Konflikte nicht“, sagte Dudenhöffer.

Ein neuer VDA-Chef muss allerdings auch die widerstrebenden Interessen der Autobauer und Zulieferer moderieren. Während Volkswagen derzeit voll auf batterieelektrische Antriebe setzt, sind andere Hersteller und Zulieferer wie Daimler, BMW oder ZF viel zurückhaltender. Sie setzen auch stark auf Hybride. Der Vize-Vorsitzende der Linken-Fraktion im Bundestag, Fabio De Masi, kritisierte das mögliche neue Amt für Gabriel: „Ich verstehe, dass man mit 60 nicht in Rente will. Aber gäbe es nicht viele gute Möglichkeiten etwas für dieses Land zu tun, ohne das eigene Telefonbuch an die Autoindustrie zu verscherbeln?“ Laut Medienberichten hat aber auch die CDU-Politikerin Hildegard Müller Chancen, an die VDA-Spitze zu rücken. Dass mit ihr erstmals eine Frau an die Spitze des Autoverbands rücken würde, könnte der VDA als Zeichen des Aufbruchs verkaufen. Müller war zuletzt im Vorstand des Energiekonzerns Innogy.

### Das lesen Sie zusätzlich online



Warum die deutschen Autobauer den Anschluss teils schon verpasst haben:  
[www.sk.de/10276179](http://www.sk.de/10276179)

## Bekannte Seitenwechsler in der Politik



➤ Nur fünf Monate nach Ende seiner Kanzlerschaft wechselte **Gerhard Schröder** (SPD) als Aufsichtsratschef zum Pipelinekonsortium Nord Stream, das mehrheitlich in russischer Hand ist. Seit 2017 ist er zudem Kontrollleur beim russischen Ölkonzern Rosneft.



➤ Die Grünen-Wirtschaftspolitikerin **Kerstin Andreae** wechselt ab 1. November an die Spitze des Energie-Lobbyverbands BdEW. Die gebürtige Schrambergerin wird damit zur Stimme insbesondere der großen Energiekonzerne und Atomstromer.



➤ Einer der bekanntesten Seitenwechsler ist **Friedrich Merz**. Der Ex-Fraktionschef der CDU/CSU wechselte nach seinem Ausscheiden aus dem Bundestag in die Wirtschaft. Bis heute ist er Aufsichtsrats-Chef des Finanzkonzerns Blackrock Deutschland.

## NACHRICHTEN

### VOLKSWAGEN

#### Große Pläne für Roboter-Fahrzeuge

Volkswagen will selbstfahrende Autos Mitte nächsten Jahrzehnts „in großem Maßstab“ in die kommerzielle Nutzung bringen. Dafür bündelt der Konzern die Aktivitäten in der neuen Tochter Volkswagen Autonomy. Sie soll auch die Zusammenarbeit mit Fords Roboterwagen-Firma Argo AI fortführen und in den nächsten Jahren Ableger im Silicon Valley und China aufbauen, teilte VW mit. VW schickte im April für seine ersten Roboterwagen-Tests in einer deutschen Großstadt fünf Elektro-Golfs auf einige Hamburger Straßen. (dpa)

### DEUTSCHE BAHN

#### Vorstandsressort für Güterverkehr

Die Deutsche Bahn richtet für die verlustreiche Güterbahn möglicherweise wieder ein eigenes Vorstandsressort ein. Die Chefin der Berliner Verkehrsbetriebe (BVG), Sigrid Nikutta, stellt sich dazu im Personalausschuss des Aufsichtsrats vor, wie aus Kreisen des Kontrollgremiums verlautete. Überzeugt die promovierte Psychologin den Ausschuss, könnte sie der Aufsichtsrat bei seiner Sondersitzung am 7. November in den Vorstand berufen. (dpa)

### EXPORTEURE

#### Stimmung heilt sich deutlich auf

Die Stimmung unter den deutschen Exporteuren hat sich nach Angaben des Ifo-Instituts im Oktober „deutlich aufgehellt“. Trotz der unklaren Lage beim Brexit schauten Exporteure „vereinzelt wieder optimistisch auf die kommenden Monate“, erklärte der Präsident des Münchner Forschungsinstitutes, Clemens Fuest. Der Anstieg ist vor allem auf die Unternehmen aus der Elektrotechnik zurückzuführen. (AFP)

## MÄRKTE

### Ferkel

Aktuelle Ferkelpreisnotierung der Landesanstalt für Entwicklung der Landwirtschaft und der ländlichen Räume Schwäbisch-Gmünd vom 21.10. – 25.10.: Durchschnittspreise pro 25 kg Ferkel ohne MwSt. Der Zuschlag für Mehrgewicht beträgt je nach Vermarktungsunternehmen 1,00 €/kg. Die angegebenen Preisspannen beziehen sich auf die Minimum- und Maximumpreise der einzelnen Vermarkter. Preis der 200er-Gruppe (Ferkel in einer Gruppe mit ca. 200 Tieren, einheitlicher Genetik und einheitlichem Gewicht, mit QS-Status, ab Hof, ohne Impfungen): 58 – 64 €. Durchschnittspreis 60,30 € (plus 1,50 €).

## Kräftiger Schub für Commerzbank

**Frankfurt/Main** (dpa) Die Commerzbank hat ihren Gewinn im dritten Quartal überraschend stark gesteigert. Dank des Verkaufs der Tochter Ebase, gesunkener Kosten und weniger Vorsorge für faule Kredite stieg der Überschuss gegenüber der gleichen Vorjahreszeit um 35 Prozent auf 294 Millionen Euro, wie das Geldhaus in Frankfurt mitteilte. Das war mehr, als von der Bank befragte Analysten im Schnitt erwartet hatten. Die Erträge der Commerzbank kletterten – auch beeinflusst von Sondereffekten – um 2 Prozent auf knapp 2,2 Milliarden Euro. Der operative Gewinn des Instituts legte ebenfalls stärker als erwartet zu, nämlich um knapp 30 Prozent auf etwa 448 Millionen Euro. Ende September hatte die Commerzbank nach der geplatzten Fusion mit der Deutschen Bank Pläne für einen radikalen Umbau bekannt gegeben. Damit will sich das teilverstaatlichte Institut gegen die Niedrigzinsen und den scharfen Wettbewerb rüsten.

## Schlechte Streuobsternte

**Bonn** (dpa) Erst Frost, dann Trockenheit und Hitze: Die Fruchtsaftindustrie erwartet 2019 angesichts schwieriger Klima-Bedingungen die schlechteste Streuobsternte seit Jahren. „Nach den regionalen Rückmeldungen rechnen wir aktuell nur noch mit 200 000 Tonnen und steuern damit vermutlich auf die schwächste Streuobsternte seit 1991 zu“, sagte der Geschäftsführer des Verbands der deutschen Fruchtsaftindustrie (VdF), Klaus Heitlinger, in Bonn. Die geringe Ernte habe zur Folge, dass Äpfel derzeit drei Mal mehr kosteten als im Vorjahr. Später Frost, fehlender Regen und hohe Temperaturen im Sommer setzten den Obstbäumen demnach zu. Für 2018 hatte der Verband noch mit 1,1 Millionen Tonnen Streuobst kalkuliert.

## Sparbriefe/ Festgeld

Konditionen für 5.000 Euro

Anbieter-Auswahl	Laufzeit in Jahren		
	2	4	Zinsen*
Crédit Agricole <sup>1</sup>	1,21	1,36	277,59
Akbank	0,70	1,00	203,02
LeasePlan Bank <sup>1</sup>	0,75	0,95	190,00
Amsterdam Trade Bank <sup>1</sup>	0,65	0,90	183,22
DHB Bank <sup>1</sup>	0,60	0,90	182,44
DenizBank <sup>1</sup>	0,50	0,70	140,00
Mercedes-Benz Bank	0,35	0,65	130,00
BKM - Bauspark. Mainz	0,21	0,41	82,50
Garanti Bank Int. <sup>1</sup>	0,35	0,40	80,48
Debeka Bausparkasse <sup>1</sup>	0,02	0,05	10,00
ING	0,02	0,04	8,00
Schlechtester Anbieter	0,01	0,01	2,00

\*in Euro bei einer Laufzeit von 4 Jahren.

1) Einlagensicherung: 100.000 Euro/ Person

QUELLE: [biajlo.de](http://biajlo.de) STAND: 28.10.2019

Abonnenten können mehrseitige Artikel zum Thema der Woche kostenlos aus dem Internet herunterladen:

[www.suedkurier.de/abovorteil-tipp](http://www.suedkurier.de/abovorteil-tipp)

## DIE ÖKONOMISCHE FRAGE

### Wem nützt der Mietendeckel, wem schadet er?



Der Berliner Senat verkennt die Rolle des Preismechanismus bei der Versorgung der Bevölkerung mit lebensnotwendigen Gütern wie Wohnraum.

VON FRIEDRICH BREYER

Der rot-rot-grüne Berliner Senat plant mit dem Beschluss der Einführung eines „Mietendeckels“ einen weitreichenden Eingriff in die Vertragsfreiheit auf dem Wohnungsmarkt. Die Nettokaltmieten aller Berliner Mietwohnungen (mit wenigen Ausnahmen, z.B. Neubau seit 2014) werden für 5 Jahre auf dem Stand von Juni 2019 eingefroren, und Ende 2020 sollen sie sogar auf ein Niveau abgesenkt werden, das dem Miet-

spiegel von 2013 zuzüglich 20 Prozent entspricht. Damals lagen die Mieten in den meisten Gebäude-Altersklassen noch unter 6,50 Euro pro Quadratmeter. Zur Begründung gibt der Senat an, es sei seit 2013 eine „Schieflage“ auf dem Berliner Wohnungsmarkt eingetreten, und es diene der „Gefahrenabwehr“, zu verhindern, dass die Mieten stärker stiegen als die Einkommen.

Das alles klingt sehr fürsorglich und ist es auch: zugunsten der aktuellen Mieter, aber auch nur für solche, deren Wohnung tipptopp in Ordnung ist. Denn die Nebenwirkungen der beschlossenen Roskur sind ebenfalls klar: Vermieter – und das sind zu höchstens 20 Prozent gewinnorientierte Konzerne; der Rest sind Genossenschaften und private Kleinvermieter – werden sich wei-

gern, mehr als nur das Allerdingendste an Instandhaltung und Modernisierung zu unternehmen, und der Verband der Wohnungsbau-genossenschaften beklagt, dass ihm dadurch sogar das Geld für den Neubau fehlt, den der Senat ja gerade haben möchte. Klare Verlierer des Mietendeckels sind Menschen, die nach Berlin ziehen wollen und eine Wohnung suchen. Die wird es jetzt nur noch durch Beziehungen und gegen hohe Schmiergeldzahlungen geben. Eine weitere Folge wird sein, dass Eigentümer einer freivermietenden Wohnung diese nicht mehr vermieten werden, weil es sich nicht mehr lohnt, sondern als Eigentumswohnungen an Selbstnutzer verkaufen. Dann können sich nur noch diejenigen eine Wohnung in Berlin leisten, die über das nötige Eigenkapital verfügen. Sozia-

le Politik sieht anders aus!

Vor allem aber verkennt der Senat die Rolle des Preismechanismus bei der Versorgung der Bevölkerung mit lebensnotwendigen Gütern wie Wohnraum: Der überproportionale Anstieg der Mietehöhen bei Neuvermietungen wurde dadurch ausgelöst, dass die Berliner Bevölkerung in 6 Jahren um 10 Prozent zugenommen hat, wodurch Wohnraum immer knapper geworden ist. Das ist aber eine normale Reaktion, denn nur steigende Preise können dafür sorgen, dass der einzelne Mieter versucht, mit weniger Wohnfläche auszukommen, und somit mehr Haushalte in Berlin Platz finden. Zudem machen steigende Preise es lohnend für Hausbesitzer, zusätzlichen Wohnraum, z.B. Einliegerwohnungen anzubieten. Sie sind

notwendig, damit der Markt ein neues Gleichgewicht erreicht, in dem jeder Wohnungssuchende eine Wohnung findet. Das Einfrieren der Mieten verhindert genau das. Aber in einer Stadt, die zu 80 Prozent aus Mietern besteht, erhöht es die Wiederwahlchancen der regierenden Parteien. Es ist Klientelpolitik zu Lasten Dritter. Die langfristigen Folgen hat der schwedische Ökonom Assar Lindbeck so beschrieben: „Ein Mietendeckel ist die effektivste Art, eine Stadt zu zerstören – mit Ausnahme der Bombardierung.“

Der Verfasser lehrt Wirtschafts- und Sozialpolitik an der Universität Konstanz und ist Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie.